



INTERVIEW Geschäftsführer Franz Gerber über die Zukunft des Jahn ▶ **SPORT**



PILOTPROJEKT Polizei will Verbrechern mit künstlicher DNA das Handwerk legen. ▶ **WELTSPIEGEL**

ESSAY Der Regensburger Dichter Joseph Berlinger über die Heimat und deren Dichter ▶ **NR. SIEBEN**



Mittelbayerische

TEIL 01 SA., 17. / SO., 18. OKTOBER 2009

ZEITUNG FÜR REGENSBURG – GEGR. 1945

65. JAHRGANG / NR. 239 / 1,50 EURO

Mehr Zuversicht

Eine Initiative der Mittelbayerischen Zeitung

E.ON-CHEF TESTETE DEN TESLA Der Strom-Sportwagen aus Regensburg

252 PS hat der Sportwagen Tesla unter der Haube – rein aus Elektroantrieb. Die FROSYS GmbH aus Regensburg hat sich Bayerns ersten Strom-Sportler geleistet, den E.ON-Bayern-Chef Barth gleich zur Probe fuhr. ▶ **WIRTSCHAFT**

LOKALES

FINANZIERUNG

Patent für die neue Domorgel gesucht

5781 Pfeifen besitzt die Domorgel, die am 22. November eingeweiht wird. 4300 werden Patentschaften vergeben, 3500 sind noch zu haben. Der Preis liegt zwischen 40 und 2000 Euro. ▶ **TEIL 03**

BÜRGERPROTEST

Osttangente: Den Spatenstich abgesagt

Am Freitag sollte der Ausbau der Ostumgehung beginnen. Der Spatenstich wurde abgesagt: wegen der vorgelegten 7630 Unterschriften der Bürgerinitiative „W ohngerechtes Verkehrskonzept“. ▶ **TEIL 03**

INHALT

WELTSPIEGEL	TEIL 01
WIRTSCHAFT	TEIL 01
KULTUR	TEIL 02
TV/MEDIEN	TEIL 05
KARRIERE	TEIL 06
AUTO	TEIL 07
IMMOBILIEN	TEIL 08

BÖRSE

DAX	5.743,39	-87,38
GOLD (€/1kg)	22.725	-50
EURO	1,4869	+0,005

→ Referenzkurs der EZB in US-Dollar.

ANZEIGE

Raumlösungen mit Zukunft für Büro, Handel und Service

www.gewerbepark.de

WETTER

Sa. 6° So. 6° Mo. 9°
Alle Vorhersagen ▶ **TEIL 03**

KONTAKT

MITTELBAYERISCHER VERLAG
Margaretenstraße 4
93047 Regensburg
(0800) 207 207-0
Online www.mittelbayerische.de



4 194033 101509



München zeigt Zuversicht

München ist nun offiziell Bewerberstadt für die olympischen Winterspiele 2018. Thomas Bach, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes und OB Christian Ude (rechts) stellten voller Zuversicht Konzept und

Logo der Bewerbung vor. München muss sich gegen Pyeongchang (Südkorea) und Annecy (Frankreich) behaupten. Die Entscheidung fällt laut Internationalem Olympischen Komitee im Juli 2011. ▶ **BAYERN**

Schwarz-Gelb ist sich einig: Milliarden für die Bildung

KOALITION In der Gesundheitspolitik und in Steuerfragen wird noch um Lösungen gerungen – das Bildungskonzept von Union und FDP ist festgezurr.

BERLIN. Union und FDP streben ungeachtet der schwierigen Haushaltslage zusätzliche Milliarden-Investitionen in Bildung und Forschung an. Vorgehen ist unter anderem ein Stipendiensystem für die zehn Prozent leistungsstärksten Studenten sowie zinsgünstige Kredite für Studium und Weiterbildung der über 30-Jährigen. Dies sieht der 15-seitige Bildungs- und Forschungsteil im künftigen Koalitionsvertrag vor, auf den sich die Fachpolitiker von CDU, CSU und FDP am Freitag abschließend verständigten. Auf anderen Gebieten lagen die künftigen Partner zu Beginn von dreitägigen Marathon-Beratungen noch weit auseinander. Große Probleme gibt es in der Gesundheitspolitik. Unklar ist auch immer noch, wie die versprochenen Steuersenkungen in Milliardenhöhe finanziert werden.

Westerwelle dämpft Erwartungen
Geplant war, die meisten Streitpunkte bis Sonntag aus dem Weg zu räumen. Schon am Samstagmittag will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den beiden anderen Parteichefs Guido Westerwelle (FDP) und Horst Seehofer (CSU) in kleiner Runde klärende Gespräche führen. Dabei müssen sie Ausgabenwünschen der insgesamt zehn Arbeitsgruppen widersprechen, die sich insgesamt auf 120 Milliarden Euro belaufen. Westerwelle dämpfte Erwartungen, dass die Koalition am Wochenende stehen könnte. „Es gilt, was wir von Anfang an gesagt haben: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“ Der niedersächsische

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) nannte als Ziel eine Verständigung bis Mitte nächster Woche. Bis dahin sollten auch Verteilung und Besetzung der Ministerien geklärt sein.

Nach Vorstellungen von Union und FDP muss künftig jedes Kind bereits vor Schulbeginn Deutsch können. Dazu sollten alle Vierjährigen einen Sprachtest machen. Das geplante Stipendiensystem für die leistungsstärksten Studenten sieht 300 Euro monatlich vor – unabhängig vom Einkommen der Eltern und von der Bafög-Leistung. Dafür sollen 450 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt werden, zur Hälfte von Unternehmen und Verbänden.

Der Vorschlag der Bildungsexperten, jedem Kind 150 Euro als Bildungsgrundstock zu geben, fand in der großen Koalitionsrunde keine Unterstützung. Widerspruch gab es offenbar von den Ministerpräsidenten aus Bayern und Niedersachsen, Horst Seehofer (CSU) und Christian Wulff (CDU). Ziel bleibt aber in den nächsten vier Jahren, dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen sollen.

Große Meinungsdivergenzen gibt es in der künftigen Koalition über die Gesundheitspolitik, wo den gesetzlichen Kassen 2010 ein Defizit von 7,5 Milliarden Euro droht. Auch der Gesundheitsfonds, den die FDP abschaffen will, bleibt strittig. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) lehnte den Einstieg in ein System mit pauschalen Beträgen, die die Kassen erheben könnten, strikt ab.

Datenspeicherung bleibt in Kritik
Kritik gibt es unterdessen für die schwarz-gelben Pläne im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erklärte, mit dem Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung werde der Polizei ein dringend benötigtes Instrument zur Strafverfolgung aus der Hand geschlagen. Ähnlich äußerte sich der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Den Grünen und der Linken gehen die Verhandlungsergebnisse dagegen nicht weit genug. Die FDP habe versprochen, die Vorratsdatenspeicherung zu beenden – nun werde sie nur wenig abgespeckt weitergeführt, erklärten die Grünen. (dpa) ▶ **POLITIK**

DIE WICHTIGSTEN BESCHLÜSSE IM BEREICH SICHERHEIT/JUSTIZ

▶ **Internetzensur:** Das Bundeskriminalamt soll versuchen, Internet-Seiten mit Kinderpornografie zu löschen statt zu sperren – auch in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Nach einem Jahr wird die Lage neu bewertet.

▶ **Online-Durchsuchungen:** Für die heimliche Online-Durchsuchung des Bundeskriminalamtes soll es künftig höhere Hürden geben. Die Entscheidung liegt dann bei einem Richter des Bundesgerichtshofes.

▶ **Vorratsdatenspeicherung:** Daten von Internet- und Telefonverbindungen werden weiterhin gespeichert. Genutzt werden sollen sie aber nur zur Abwehr von einer konkreten Gefahr für Leib und Leben.

▶ **Jugendstrafrecht:** Bei Verurteilungen wegen Mordes nach dem Jugendstrafrecht droht künftig eine Höchststrafe von 15 Jahren statt bisher von 10 Jahren.

▶ **Lebenspartnerschaften:** Eingetragene Lebenspartnerschaften („Homo-Ehe“) sollen im Beamtenrecht mit der Ehe gleichgestellt werden.

▶ **Mietrecht:** Es soll künftig möglich sein, stärker gegen sogenannte Mietsmüden vorzugehen, indem beispielsweise Räumungsurteile schneller vollstreckt werden. Zudem will Schwarz-Gelb die unterschiedlichen Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter angleichen. (dpa)

Mit neuen Ideen in die Zukunft

dona 2010

Donau Ausstellung Regensburg • 2. 0.3. bis 28. 3.2010

abwechslungsreich
informativ
Gleich anmelden!

Sandner GmbH • Tel.: 0841 1588
www.sandner-ausstellungen.de

Neuer Streit über Donau-Staustufen

VERHANDLUNG Schwarz-gelbe Umwelt- und Verkehrspolitiker sind uneinig.

STRAUBING/BERLIN. Der Donausaubau in Niederbayern sorgt für Diskussionen bei den künftigen Koalitionspartnern in Berlin. Der Regensburger FDP-Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer sagte am Freitag, die Parteivertreter in der Umwelt-Arbeitsgruppe hätten sich einstimmig gegen den Bau von Staustufen ausgesprochen. Dagegen betonte Unions-Verkehrsexperte Hans-Peter Friedrich (CSU), es werde im Koalitionsvertrag keine Festlegung auf eine geplante Ausbauförderung der Donau geben. „Die Umweltgruppe ist für diese Frage nicht zuständig“, meinte er.

Die CSU favorisiert beim Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen die Errichtung von einem Stauwehr, um das Niedrigwasser für die Binnenschiffer zu beseitigen. In der Umwelt-Arbeitsgruppe sind die Christsozialen unter anderem mit Bundesagrministerin Ilse Aigner und Bayerns Umweltminister Markus Söder vertreten.

MZ-SERIE

ZEITENWENDE 1989 – 2009



Von Gewinnern und Verlierern

Die früheren Bürger der DDR und der UsSR sind durch eines vereint: Sie wurden in Ländern geboren, die es nicht mehr gibt. MZ-Volontärin Oxana Bytschenko hat die Wende in der Sowjetunion erlebt. Sie erzählt davon, was dort mit den Menschen passiert ist. ▶ **SEITE 3**

Dax	5.743,39	-87,38	Nikkei = © Nihon Keizai Shimbun, Inc.		
M-Dax	7.477,95	-118,08	Euro Stoxx	2.893,53	-45,56
Tec-Dax	765,85	-10,29	Nikkei	10.257,56	+18,91
			Dow-Jones	9.995,91	-67,03

WIRTSCHAFT IN KÜRZE

Datenpanne beim Finanzdienstleister AWD
HANNOVER. Nach Großunternehmen wie der Telekom hat es nun auch beim Finanzdienstleister AWD eine Datenpanne gegeben. Dem Hörfunksender NDR Info wurden 27 000 Datensätze von Kunden zugespielt. Diese enthalten nach Angaben des Senders Kundennummer, Adresse, Telefonnummer, Berufsbezeichnung, Geburtstag und Vertragsabschlüsse – unter anderem war ersichtlich, wer eine Lebensversicherung hatte und wieviel Geld angelegt worden war. (dpa)

Bei VW wachsen Kapital und Kunden
WOLFSBURG. Volkswagen hat zur Absicherung seiner Beteiligung an Porsche zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 3. Dezember eingeladen. Geplant ist dabei eine Kapitalerhöhung durch Ausgabe von 135 Millionen neuer Vorzugsaktien, teile Volkswagen am Freitag in Wolfsburg mit. Das würde rund vier Milliarden Euro in die Kassen spülen. Derweil steigerte VW den Absatz im September dank seiner Stärke vor allem in Deutschland und China. Die Zahl der Auslieferungen stieg um 11,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 615 100 Fahrzeuge. Von Januar bis September sank der Absatz um lediglich 0,5 Prozent auf 4,76 Millionen Autos. (dpa)

BMW: Eine Gießerei ohne Gerüche
LANDSHUT. BMW will seine Landshuter Leichtmetallgießerei bis 2010 auf eine nahezu emissionsfreie Technologie umstellen. Das neue Verfahren werde weltweit das erste Mal eingesetzt, berichtete das BMW -Werk Landshut am Freitag. In Zukunft soll bei der Produktion von Aluminium- und Magnesium-Bauteilen kein Geruch mehr freigesetzt werden, sodass im kommenden Jahr auch die Luftreinigungsanlagen der Fabrik abgeschaltet werden können. In der Landshuter Gießerei arbeiten rund 1300 Mitarbeiter. Sie fertigen pro Jahr etwa 1,8 Millionen Teile wie Zylinderköpfe. (dpa)

SoFFin: HSH Nordbank muss umgebaut werden
FRANKFURT. Die Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin will vor einer endgültigen Bewertung des geplanten Geschäftsmodells der HSH Nordbank prüfen, wie die Eigner die Auflagen der EU-Kommission umsetzen wollen. Wie der SoFFin am Freitag mitteilte, ist jedoch sicher, dass aufgrund gesunkener Bonitätsnoten des Instituts „eine Anpassung des Geschäftsmodells“ erforderlich sei. 2008 hatte die SoFFin der Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein eine 30 Milliarden Euro umfassende Liquiditätsgarantie zur Verfügung gestellt. (dpa)

BayernLB kommt Hypo Alpe Adria teuer zu stehen

ÜBERNAHMEN Für die ehemalige Kärntner Landesbank sollen 400 Millionen Euro zu viel bezahlt worden sein.

MÜNCHEN. Die Bayerische Landesbank (BayernLB) soll für den Kauf der Hypo Alpe Adria (HGAA) vor zwei Jahren rund 400 Millionen Euro zu viel gezahlt haben. Davon geht die Münchner Staatsanwaltschaft nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ aus. Die Zahl gehe aus dem Durchsuchungsbeschluss für die Razzia am Mittwoch hervor. Dort werde der Wert der HGAA auf rund 2,5 Milliarden Euro taxiert. Die Hälfte der Anteile entsprächen demnach 1,25 Milliarden Euro. Die BayernLB hatte aber für 50 Prozent und eine Aktie der Bank knapp 1,7 Milliarden Euro gezahlt.

Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht der damalige Vorstandschef der BayernLB, Werner Schmidt. Sollte unter seiner Führung wesentlich ein überhöhter Preis für die österreichische Finanzgruppe gezahlt worden sein, hätte er die BayernLB schwer geschädigt, argumentieren die Ermittler. Schmidt weist den Vorwurf zurück. Er war im Februar von seinem Amt zurückgetreten.

Angeblich soll der Verwaltungsrat, besetzt mit Sparkassenfunktionären und CSU-Politikern, Schmidt ermächtigt haben, in einer Wertbandbreite von 3,4 Milliarden Euro für die gesamt-

te HGAA zu verhandeln, berichtet der „Münchner Merkur“. Der Kaufpreis habe zwar etwas über den Berechnungen externer Wertgutachten gelegen, sei wegen der strategischen Bedeutung des Kaufs aber akzeptiert worden.

Die Staatsanwaltschaft hatte am Mittwoch unter anderem die Zentren der BayernLB in München und der Hypo Alpe Adria in Klagenfurt durchsucht, außerdem weitere Büros in München und Luxemburg sowie im Privatwesen Schmidts. Aus dem Bericht der Ermittler ergaben sich nach Angaben der stellvertretenden Kommissionschefin Inge Aures keine Hinweise, dass Schmidt in die eigene Tasche gewirtschaftet haben könnte.

Die Behörden sollen sich nach Informationen der österreichischen Zeitung „Standard“ auch für jenen Deal interessieren, der dem Blitzverkauf der Kärntner Hypo an die BayernLB vorausgegangen ist. Damals hatte eine Investorengruppe rund um Tilo Berlin über eine Kapitalerhöhung 9,09 Prozent an der Hypo erworben und dann auf 25 Prozent plus eine Aktie aufgestockt haben, die dann an die BayernLB verkauft wurde – angeblich mit massivem Gewinn. Tilo Berlin wurde nach der Übernahme Chef der HGAA.

Inzwischen ist die Hypo Alpe Adria durch die Finanzkrise schwer in Mitleidschaft gezogen und einer der Gründe für die Verluste der BayernLB. Nach Einschätzung der Ratingagentur Moody's soll die Hypo erst 2012 wieder Gewinne erwirtschaften. (dpa/ddp)



100 Prozent Strom und Spaß: E.ON-Bayern-Chef Thomas Barth (o. l.) und FROSYS-Geschäftsführer Florian Fritsch (o. r.) machte der Tesla jede Menge Freude, Strom-Versorger Barth auch das „Tanken“. Fotos: altfoto.de

KOMMENTAR

Trauerspiele

Mittlerweile sind die täglichen Nachrichten über die Landesbanken so desaströs, dass man nicht mehr weiß, ob man darüber lachen oder weinen soll. Ob WestLB (250 Millionen verspekuliert), LBBW (Milliardenverlust auch 2009), HSH Nordbank (500 Millionen verveigelt) oder BayernLB (400 Millionen zu viel bezahlt) Trauerspiele gibt es genug.



ROMAN HIENDLMAIER, MZ

Gut lachen haben meist die Verantwortlichen, etwa Ex-BayernLB-Chef Schmidt. Erst eine so schwache Aufsicht, die das Management die Bilanz mit Kreditderivaten aufpumpen ließ. Dann sich bei der HAA-Übernahme

2007 aus der Affäre gezogen, in dem er den Kaufpreis per Gutachten und vielleicht auch von seinen Aufsehern absichern ließ. Erfolgte dabei keine nachweisbare Bereicherung, kann der Bank-Prüfer ohnehin spätere Treiben der Staatsanwälte gelassen zusehen. Dem 2008 zurückgetretenen Banker droht kaum noch Gefahr.

Der Steuerzahler dagegen bürgt erst für die Milliardenausfälle, dann muss er mit ansehen, wie die EU die Landesbanken so zurechtstutzt, dass nicht mehr viel fehlt und Bundesbank-Präsident Weber kann das Licht ausdrehen. Zum Lachen ist das nicht mehr.

Die Zukunft erfahren

E-AUTOS E.ON-Bayern-Chef Barth testete Bayerns ersten Strom-Sportwagen Tesla von FROSYS.



VON ROMAN HIENDLMAIER, MZ

REGENSBURG. Es war bitterkalt am Donnerstagmorgen vor dem E.ON-Hauptquartier in Regensburg, aber das Autofahrer-Herz von Vorstandschef Thomas Barth war binnen Sekunden erwärmt: Er war einer der Ersten, die hinter dem Steuer eines „Tesla“ Platz nehmen durften, eines zweiseitigen Sportwagens, der allein durch Strom angetrieben wird. Zwar hatte der Konzernchef etwas Mühe, sich in die nur 1,12 Meter flache Flunder zu falten, aber die Turnübung hatte sich offenbar schnell gelohnt: „W as für eine Faszination“, strahlte Barth nach der ersten Runde mit dem orangefarbenen Flitzer – dabei hatte er nur auf dem Beifahrersitz gesessen und sich von Florian Fritsch chauffieren lassen, zusammen mit Bruder Nicolas, Besitzer des ersten Öko-Sportwagens in Bayern. Als Barth dann von der selbst gefahrenen Runde zurückkam, stand er selbst unter Strom: „Diese Kraft, diese Leichtigkeit – und das alles quasi lautlos – das hätte ich nicht für möglich gehalten“, berichtete er den Zuschauern, die sich ob des ungewohnten Renners schnell eingefunden hatten.

Eine solche Resonanz ist Florian Fritsch jedoch bereits gewohnt: „Ob an der Ampel, bei Ein- oder Aussteigen, egal wo – das Auto wird bestaunt und man spricht darüber,“ so der Ge-

schaftsführer der FROSYS GmbH. Der in Kalifornien gefertigte Roadster ist Botschafter der FROSYS GmbH, eines jungen Regensburger Unternehmens, das Konzepte für Öko-Energie-Projekte erstellt – etwa zur Messung und Abrechnung der Energie bei der Betankung von Elektroautos. Ziel ist der Bezug der Energie aus natürlichen Quellen wie Wind und Sonne.

Barth sah die „Erfahrung“ der wohl schönsten Variante der Öko-Technik auch als Ansporn für sein Unternehmen: „E.ON Bayern arbeitet daran, dass solche Autos einmal zum Alltag auf den Straßen werden. Leider fehlen uns aber vielfach noch die Rahmenbedingungen.“ Die Existenz des Tesla aber zeige, dass die Erstellung und Umsetzung solcher Rahmenbedingungen keine Zukunftsmusik mehr sei, sondern schnell passieren müsse.

DER STROM-SPORTWAGEN

- Der Tesla Roadster ist das erste Serienmodell von Tesla Motors, Kalifornien.
- Angetrieben wird der Sportwagen von einem Elektromotor im Heck mit 185 kW (252 PS). Auf 100 km/h beschleunigt das Fahrzeug in etwa 4 Sekunden.
- Die Energie fließt aus dem rund 6800 handelsüblichen Lithium-Ionen-Akkus für Laptops, insgesamt rund 450 kg schwer. Die Ladezeit wird mit 3,5 Stunden angegeben, die Reichweite mit 350 km.
- Der Kaufpreis für das Fahrzeug beträgt in der Ausstattungs-Variante von FROSYS rund 130 000 Euro.

AKTUELL IM NETZ

Sehen Sie mehr!
Ein Video von der Testfahrt im Tesla Elektroauto finden Sie bei uns im Netz unter:
➤ www.mittelbayerische.de

EU zweifelt Opel-Staatshilfen an

AUTOBAU Brüssel hat schwere Bedenken – Bundeswirtschaftsministerium ist trotzdem zuversichtlich.

BRÜSEL/BERLIN. Die EU-Kommission hat schwere Bedenken gegen die geplanten Milliarden-Staatshilfen für Opel. Es gebe den Eindruck, dass die von der deutschen Regierung für Opel versprochenen Hilfen von 4,5 Milliarden Euro an eine Übernahme durch den Zulieferer Magna und dessen russischen Partner Sberbank gebunden seien, teilte EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes am Freitagabend in Brüssel mit. Das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin zeigte sich zuver-

sichtlich, dass die Brüsseler Bedenken ausgeräumt werden können. Der Sprecher von Kroes hatte betont, die Mitteilung bedeute nicht, dass die Kommission ein förmliches Staatsbeihilfenverfahren eröffnen werde. Solche Verfahren können sich über Monate hinziehen. Man wolle aber Klarheit darüber, ob die Staatsbeihilfen gezahlt werden, „unabhängig davon, ob Magna/Sberbank der Übernehmer ist“.

Kroes hatte Bundeswirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) ihre Einwände in einem Brief mitgeteilt. Sollte sich die erste Einschätzung der Wettbewerbsbehörde wahrheiten, wären die Staatshilfen unvereinbar mit den EU-Regeln.

Die große Koalition hatte sich klar auf den Käufer Magna und dessen rus-

sischen Partner festgelegt und hatte dabei im Blick, dass der kanadisch-österreichische Autozulieferer mehr Arbeitsplätze in Deutschland retten könnte als andere Bieter. Der Verkauf von Opel sollte ursprünglich schon am Donnerstag besiegelt werden. Doch aus Sorge um ein späteres Veto der EU-Kommission legten der designierte Käufer Magna und Opel-Alteigentümer General Motors (GM) die Unterzeichnung des Übernahmevertrags vorerst auf Eis. Auch die Zustimmung der Arbeitnehmer zum Rettungskonzept von Magna steht aus.

Die EU-Kommission hat die oberste Wettbewerbsaufsicht in der EU und wacht darüber, dass staatliche Subventionen nicht zur Verzerrung des freien Wettbewerbs führen. (dpa)